

Die Verwaltung verwies hierzu auf die Vorlage und die von ihr erarbeitete Aufstellung (Anlage 1).

Von Seiten der CDU-Fraktion wurde ein Alternativvorschlag (Anlage 2) bezüglich der Höhe der Aufwandsentschädigungen vorgelegt.

Nach anschließender Aussprache bestand Einvernehmen, die Entscheidung hierüber direkt in der Sitzung des Rates am 3.7.2002 herbeizuführen.